



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

64. Sitzung (öffentlich)

14. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:45 Uhr bis 10:28 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe
(Bürokratieabbaugesetz OWL)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4586

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 13/4586, anzunehmen.

2 Betreuungsvereine fördern - ehrenamtliche Betreuung stärken 3

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/4486

Vorlage 13/2581

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/4486, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

3 Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege 4Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/4726

Die CDU-Fraktion beantragt die Durchführung einer Anhörung.

4 "Situation der forensischen Kliniken" 5

StS'in Prüfer-Storcks (MGSFF) gibt einen Sachstandsbericht ab und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

AGS-Ausschuss

14.01.2004

64. Sitzung (öffentlich)

roe-beh

treuer getroffen, was innerhalb der Familie wesentlich leichter sei als außerhalb. Bei der Beratung und Begleitung der Betreuer werde diese Unterscheidung nicht vorgenommen. Demnach gelte die Bestandsförderung von jährlich 70 € auch für ehrenamtliche Betreuer aus dem familiären Umfeld.

Das Ministerium gehe davon aus, dass jährlich mindestens 1.000 ehrenamtliche Betreuer gewonnen werden könnten. Diese würden in der Bestandsförderung berücksichtigt, wodurch sich die finanzielle Grundlage der Betreuungsvereine weiter stabilisiere.

Die bisher zu beklagenden Mitnahmeeffekte könnten mit diesem Förderkonzept vollständig ausgeschlossen werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/4486, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

3 Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4726

Vorsitzender Bodo Champignon teilt mit, das Plenum habe diesen Gesetzentwurf am 17. Dezember 2003 zur federführenden Beratung an den AGS sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Der AGS sollte jetzt das weitere Verfahren absprechen, damit auch der mitberatende Ausschuss entsprechend planen könne.

Horst Vöge (SPD) geht davon aus, das Verfahren im Februar abschließen zu können, sofern keine Anhörung gewünscht werde. Andernfalls sollten die Obleute am Rande des Plenums in der folgenden Woche zu einem Gespräch zusammenkommen, um Fragen im Zusammenhang mit der Anhörung zu klären.

Wie vor einiger Zeit bereits angedeutet und am Vortag im Arbeitskreis entschieden, beantrage er, **Rudolf Henke (CDU)**, namens seiner Fraktion die Durchführung einer Anhörung und sei mit dem Verfahrensvorschlag von Horst Vöge einverstanden.

Vorsitzender Bodo Champignon sagt zu, rechtzeitig zu einem Obleutegespräch einzuladen.